

bringen. Das wird nicht nur für Ortskirchen in den Entwicklungsländern gelten können. Oder es wird gefordert, je nach den jeweiligen kulturellen Bedingungen Laien – und zwar *Männer und Frauen* – an der Ausbildungstätigkeit angemessen zu beteiligen.

## Krankt dieses Priesterbild an Überforderung?

Nicht untypisch für die gegenwärtige Lage ist der verschiedentliche Hinweis auf *geistliche Gemeinschaften* und die Rolle, die diese nicht nur bei der Rekrutierung von Priesteramtskandidaten und im Leben von Priestern spielen. Dabei wird unüberhörbar auch auf mögliche Konflikte angespielt: Aus einer Ansprache des Papstes an Priester von *Comunione e liberazione* aus dem Jahre 1985 wird der Hinweis zitiert, eine Bewegung oder eine bestimmte Spiritualität sei „keine Alternativstruktur zur kirchlichen Institution“. Aus Proposition 25 findet sich der Satz wieder, in der Kommunität des Seminars gehe es auch darum, „den Respekt vor den anderen geistlichen Wegen sowie den Geist des Dialogs und der Zusammenarbeit zu lernen“. Die Teilhabe von Seminaristen und Priestern an bestimmten Formen von Spiritualität und bestimmten kirchlichen Gruppierungen dürfe im übrigen die Ausübung des Amtes und das geistliche Leben als Diözesanpriester nicht beeinträchtigen (Nr. 68).

Pastoralschreiben dieser Art sind für die gesamte Weltkirche bestimmt. Ihre Funktion ist es weniger, Experimente anzustoßen, sondern vielmehr festzuschreiben, worauf man sich zusammen mit dem Apostolischen Stuhl gegenwärtig in der Gesamtkirche verständigen kann. Gerade der Aus- und Weiterbildungsteil enthält insofern manches – z. B. den Hinweis auf die Bedeutung der Humanwissenschaften „für ein tieferes Verständnis des Menschen und der gesellschaftlichen Phänomene“ oder die Notwendigkeit, Priesterbildung stärker als lebenslangen Prozeß aufzufassen, ein Aspekt, den die Bezeichnung „Weiterbildung“ nur ungenau

wiedergibt –, was für die Priesterausbildung in weiten Teilen der Weltkirche noch Zukunftsmusik bedeuten dürfte, für andere jedoch als weithin realisiert gelten kann oder doch zumindest bei entsprechenden Voraussetzungen und Neigungen bei den Priesteramtskandidaten als realisiert gelten könnte.

Trotz aller Differenzierungsversuche, die ein solches Schreiben natürlich auch immer enthält, folgt „Pastores dabo vobis“ doch ziemlich ungeschminkt einer Linie, wie sie sich bereits bei der Synode abzeichnete: Ob dieses *hoch idealisierte und an menschlicher wie auch theologischer*

*Überforderung krankende Priesterbild* wirklich den gewünschten Ausweg aus der nun auch vom Papst wiederum angeprangerten Krise des Priestertums bedeutet, muß eher bezweifelt werden. Alles in allem herrscht der Eindruck vor, als werde wieder einmal die Herkulesaufgabe der kirchlichen Erneuerung auf die Schultern der Priester geladen. Eine durchgängiger und konsequenter vom Volk-Gottes-Gedanken aus argumentierende Konzeption wäre insofern sicher nicht nur theologisch naheliegender, sondern auch näher an der Lebenswirklichkeit von Priestern heute gewesen. K. N.

## Orthodoxie: Der Dialog mit Rom soll weitergehen

Zu dem teilweise befürchteten Bruch der Orthodoxen Kirchen mit Rom wegen des sich erneut verschärfenden Konflikts um die katholischen Ostkirchen in mehreren postkommunistischen Staaten Osteuropas und die vermeintlichen katholischen Expansionsbestrebungen ist es bei dem einzigartigen *gesamtorthodoxen Treffen in Istanbul vom 12. bis zum 15. März* nicht gekommen. Zwar haben die 12 orthodoxen Oberhäupter in einer feierlichen Erklärung am Ende ihrer Zusammenkunft im Phanar, der Residenz des Ökumenischen Patriarchen, eine deutliche Warnung an die „Schwesterkirche“ ausgesprochen und die massive Kritik an der gegenwärtigen „Ostpolitik“ des Vatikans wiederholt. Zugleich wurde jedoch auch die grundsätzliche Bereitschaft der Orthodoxie zur Fortsetzung des Dialogs mit der katholischen Kirche bekräftigt.

Der Einladung des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel und geistlichen Oberhauptes der Weltorthodoxie, Bartholomaios I., zu der „Synaxis“ – die Bezeichnung Synode für die Sonderversammlung wurde bewußt vermieden – waren fast alle orthodoxen Kirchenführer gefolgt: die Patriarchen von Alexandria und

Antiochien, Parthenios und Ignatius, der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Diodoros, Patriarch Aleksij II. von Moskau, der serbische Patriarch Pavle und der rumänische Patriarch Teoctist, der Patriarch von Sofia, Maxim, der Primas der orthodoxen Kirche Griechenlands, Erzbischof Seraphim und Erzbischof Johannes, Patriarch der finnischen Orthodoxen sowie die Metropoliten von Warschau und Prag, Wasyli und Dorothej. Von den Oberhäuptern der vom Ökumenischen Patriarchat anerkannten 13 autokephalen und autonomen Kirchen fehlten nur die Patriarchen von Georgien und Zypern. Nicht eingeladen waren die Führer der orthodoxen Kirchen der USA und Japans, deren Autokephalie vom Ökumenischen Patriarchat nicht offiziell anerkannt wird.

## Orthodoxe Länder als Missionsgebiete?

Daß die gegenwärtigen Spannungen zwischen den orthodoxen Kirchen und Rom einen Schwerpunkt dieses ersten gesamtorthodoxen Treffens seit 1948 bilden würden, war bereits bei der Vorbereitungskonferenz im Kloster von Ormilja bei Saloniki Anfang

Februar dieses Jahres deutlich geworden. Die griechische Presse berichtet von dieser Planungskonferenz, die Kirchenvertreter hätten eine „härtere Haltung des Dissenses“ bezüglich der römischen Aktivitäten und bei der Frage der Rückgabe von Kirchengütern an die griechisch-katholischen Kirchen in Osteuropa und den Balkanländern empfohlen.

So widmet sich denn auch der längste Abschnitt in der siebenseitigen Erklärung der orthodoxen Kirchenführer, die während der Schlußliturgie des Treffens verlesen wurde, der *Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche*: Mit Schmerzen müsse man beobachten, wie in bestimmten Kreisen der katholischen Kirche Aktivitäten vorangetrieben würden, die dem Geist des Dialogs, der Liebe und der Wahrheit völlig widersprächen. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems, unter dem die Orthodoxe Kirche schreckliche Verfolgungen und Qualen erlitten habe, habe man brüderliche Unterstützung, zumindest aber Verständnis für die schwierige Situation von der katholischen Kirche erwartet. „Statt dessen wurden, zum Nachteil des angestrebten Weges zur Einheit der Christen, traditionell orthodoxe Länder als Missionsgebiete betrachtet und folglich werden in ihnen missionarische Strukturen errichtet und wird Proselytismus betrieben mit Hilfe von Methoden, die schon vor Jahrzehnten von allen Christen verurteilt und verworfen worden sind.“

Bereits bei der fünften ökumenischen Begegnung von Vertretern des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Santiago de Compostela im November des vergangenen Jahres hatte der russisch-orthodoxe Archimandrit *Josif*, stellvertretender Leiter des kirchlichen Außenamtes der ROK, Kritik an katholischen Missionsbestrebungen geübt und vor einer angezielten „Latinisierung“ sowie vor Proselytismus gewarnt (vgl. HK, Januar 1992, 9 f.). Die Ernennung von Erzbischof *Tadeusz Kondrusiewicz* zum Apostolischen Administrator in Moskau im

Mai des vergangenen Jahres und von weiteren Bischöfen in Weißrußland, Kasachstan und Sibirien ohne eine vorausgehende Rücksprache mit dem Moskauer Patriarchat hatte zu massiven Verstimmungen auf russisch-orthodoxer Seite geführt (vgl. HK, Februar 1992, 92 f.).

Besonders harsche Kritik an Rom hatte im Vorfeld von Istanbul Metropolit Seraphim von Athen geübt, wobei er nicht nur gegen Proselytismus, sondern auch – zusammen mit dem Belgrader Patriarchat – gegen die Intervention des Papstes zugunsten Kroatiens im serbisch-kroatischen Konflikt eintrat. Zu Beginn dieses Jahres schließlich hatte das Oberhaupt der orthodoxen Kirche Griechenlands – ohne Erfolg – den Abbruch der diplomatischen Beziehungen seines Landes zum Vatikan gefordert. Seraphim hatte in Interviews mit griechischen und serbischen Tageszeitungen den Papst beschuldigt, Verwirrung innerhalb der Orthodoxie stiften zu wollen. Den Anlaß zu diesen Vorwürfen hatte der Papst bei seinen traditionellen Weihnachtsgrüßen gegeben, als er diese auch in mazedonischer Sprache verlas – was als eine Aufwertung der vom Patriarchat in Belgrad abgespaltenen und von der Gemeinschaft der orthodoxen Kirchen bisher nicht anerkannten mazedonisch-orthodoxen Kirche gesehen wurde.

Den Tiefpunkt im katholisch-orthodoxen Verhältnis markierte die demonstrative Weigerung mehrerer orthodoxer Kirchen – darunter das Moskauer und das Bukarester Patriarchat –, Vertreter zur Europasynode nach Rom zu schicken (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.). Zu dem Istanbul-orthodoxen „Gipfel“ waren keine katholischen Beobachter eingeladen.

### Katholische Ostkirchen im Mittelpunkt der Kritik

Im Zentrum der katholisch-orthodoxen Auseinandersetzungen der vergangenen Monate und damit auch im Mittelpunkt der Kritik in Istanbul stand die Rolle der mit Rom verbundenen Ostkirchen. Der seit der Auf-

nahme des katholisch-orthodoxen Dialogs diesen belastende Konflikt um die „Unierten“ hat durch die mit der neuen Religionspolitik möglich gewordenen staatlichen Wiederezulassung der griechisch-katholischen Kirche im früheren Ostblock eine beträchtliche Zuspitzung erfahren. Die Schlußerklärung von Istanbul spricht bezüglich der katholischen Ostkirchen von der „schwersten Wunde“, die diese Frage für den Dialog bedeute: „Wir verurteilen die gegen unsere Kirche gerichteten Aktivitäten der Unierten – unter der Kirche Roms –, in der Ukraine, Rumänien, der Ostslowakei, dem Mittleren Osten und sonstwo.“

Ein erster Schritt für eine Abschwächung der Konfrontation zwischen der russisch-orthodoxen und der katholischen Kirche war vierzehn Tage vor dem Istanbul-Orthodoxengipfel das Treffen von Vertretern des Vatikans, unter Leitung des Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal *Edward Cassidy*, mit einer Delegation des Moskauer Patriarchates, angeführt vom Leiter des Außenamtes, Metropolit *Kyryll* von Smolensk, sowie Archimandrit *Josif*. Dabei einigte man sich darauf, in Zukunft einander zu konsultieren, bevor pastorale Projekte in Angriff genommen würden (vgl. HK, April 1992, 196). Bezüglich der Situation in der Westukraine und des Verhältnisses zwischen der orthodoxen und der griechisch-katholischen Kirche, so das gemeinsame Communiqué, hätten beide Delegationen die bleibende Gültigkeit der von katholischer und russisch-orthodoxer Seite gemeinsam im Januar 1990 ausgehandelten Grundsätze einmütig bestätigt. Nach wie vor bestünden jedoch Meinungsverschiedenheiten über die geeignetste Umsetzung der Prinzipien in die Praxis.

Neben den deutlichen Worten der orthodoxen Kirchenführer an die Adresse Roms wegen der katholischen Ostkirchen werden in der Istanbul-Erklärung auch noch andere Kräfte und Gruppierungen benannt, die den Orthodoxen in ihren verschiedenen Kirchen das Leben schwer

machen. Dazu zählen fundamentalistisch-protestantische Sekten, die ebenfalls das Gebiet der Orthodoxen als „terra missionis“ betrachteten. Aber auch der Ökumenische Rat der Kirchen wird in dem orthodoxen Statement kritisiert. Die Orthodoxe Kirche könne keine Tendenzen gutheißen, die das eigentliche Ziel des Rates – die Einheit der Kirchen – aushöhlen. Aus dem gleichen Grund mißbilligt man auch einige der jüngsten Entwicklungen im ökumenischen Kontext, etwa den enthusiastischen Einsatz für die Frauenordination und den „inklusive“ Sprachgebrauch in der Liturgie.

### Innerorthodoxe Spannungen durch Autonomiestreben

Zu den dringlichen Herausforderungen, mit denen die Orthodoxie in den postkommunistischen Ländern immer mehr konfrontiert ist, gehört auch das Streben nach Autonomie und „Autokephalie“ mehrerer orthodoxer Metropolien oder Kirchen. So hat das Landeskonzil der russisch-orthodoxen Kirche Anfang April beschlossen, der orthodoxen Kirche in der *Ukraine* – die zwar im Oktober des vergangenen Jahres einen autonomen Status erhalten hatte, jedoch weiterhin der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats untersteht – bei der nächsten Tagung des Heiligen Synods die volle kanonische Unabhängigkeit zu gewähren.

Dagegen bleibt die Anerkennung der „Autokephalie“ durch das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie der *mazedonisch-orthodoxen Kirche* verweigert, die sich vor 30 Jahren unter dem Einfluß und der Rückendeckung Titos vom Belgrader Patriarchat losgesagt hatte. Hier kam es jedoch etwa zeitgleich mit dem Istanbul „Gipfeltreffen“ nach langen Jahren der totalen Isolation – auf die Initiative des Belgrader Patriarchates hin – zu Gesprächen zwischen den Kirchenführungen Mazedoniens und Serbiens. Als mögliche Lösung wurde dabei eine Form von „Autonomie“ diskutiert, die eine lose Bindung der mazedonisch-orthodoxen Kirche an

das Belgrader Patriarchat bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit bedeuten würde.

Diesen Spannungen in und zwischen den verschiedenen orthodoxen Kirchen widmet sich der erste Teil der Schlußerklärung von Istanbul. Die Patriarchen sprechen von einer Bedrohung der spirituellen wie rechtlichen Einheit durch „schismatische Gruppen, die mit der kanonischen Struktur der orthodoxen Kirche konkurrieren“, und betonen die Notwendigkeit uneingeschränkter gegenseitiger Solidarität in der Verurteilung dieser schismatischen Gruppen und deren Isolation. Zudem verurteilen die orthodoxen Oberhäupter in der Deklaration jedweden Mißbrauch der Religion für politische oder nationalistische Ziele. Direkt wird hierbei das zerfallende *Jugoslawien* genannt, verbunden mit dem Appell an den Vatikan, gemeinsam gegen eine nationalistische Instrumentalisierung der Religion zu kämpfen.

Daß trotz der Verurteilungen der katholischen „proselytischen Praktiken“ in Osteuropa auf der Istanbuler Konferenz dem weiteren Dialog mit Rom keine Absage erteilt wurde, betonte der im Moskauer Patriarchat für die Kontakte zur katholischen Kirche zuständige Archimandrit Josif

im Rückblick auf Istanbul in einem Gespräch mit der Katholischen Nachrichtenagentur (27. 3. 1992). Gerade Patriarch Aleksij habe auf der Versammlung den Ökumenischen Patriarchen in diesem Entschluß entschieden unterstützt. In einem Interview der katholischen Mailänder Tageszeitung „Avvenire“ bemerkte Kardinal Cassidy zu der orthodoxen Erklärung (in der Ausgabe vom 18. 3. 1992): In Zukunft müsse noch stärker versucht werden, das katholisch-orthodoxe Verhältnis vor Ort zu verbessern. „Auf höchster Ebene ist es möglich und notwendig, die Zusammenarbeit zu fördern, jedoch letztendlich ist es die Gemeinschaft der Pfarrer, die die Ökumene auf ihrem Gebiet voranbringen muß.“

Bei der *nächsten Vollversammlung* der internationalen Kommission für den katholisch-orthodoxen Dialog im Juni 1992 wird ein vom Koordinationskomitee in Ariccia im Juni des vergangenen Jahres vorbereitetes Dokument mit dem Titel „Uniatismus, die Unionsmethoden und die aktuelle Suche nach vollkommener Gemeinschaft“ zur Diskussion stehen (vgl. HK, August 1991, 349). Der von beiden Seiten bekundete Dialogwille wird dabei erneut auf eine harte Probe gestellt. A. F.

### Theologie in Europa: Ein Kongreß als Signal

Mit ihrem ersten Kongreß, der vom 5. bis 9. April in Stuttgart-Hohenheim stattfand, hat sich die Ende 1989 gegründete *Europäische Gesellschaft für Katholische Theologie* jetzt einer größeren kirchlichen wie nichtkirchlichen Öffentlichkeit vorgestellt. Unter dem Gesamthema „Christlicher Glaube im Aufbau Europas“ befaßten sich in Hohenheim etwa 250 Theologen aus insgesamt sechzehn Ländern Europas mit einem breiten Spektrum von aktuellen Fragen der einzelnen theologischen Disziplinen von der Exegese bis zum Kirchenrecht sowie mit fächerübergreifenden Problemstellungen, wie sie sich aus der gegen-

wärtigen geistig-kulturellen sowie religiös-kirchlichen Situation Europas ergeben.

Insgesamt zählt die Europäische Gesellschaft für Katholische Theologie derzeit ungefähr 750 Mitglieder aus ganz Europa; der deutschen Sektion gehören ca. 180 Mitglieder an. Als Ziele der Gesellschaft nennt die Satzung die Förderung des theologischen Dialogs in Europa bei Offenheit für unterschiedliche Richtungen, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern, die Unterstützung der Forschung innerhalb der theologischen Fächer und die Anregung der interdisziplinären Arbeit im